

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Thränhardt, Dietrich
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1267
978-3-518-11267-0

es 1267
edition suhrkamp
Neue Folge Band 267

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Das Jahr 1989 brachte nicht nur das Ende der DDR. Auch die Bundesrepublik, die sogenannte »alte«, gelangte an einen Endpunkt. Dieses Ereignis bildete für Dietrich Thränhardt den Anlaß, sein 1986 zuerst publiziertes Buch zu aktualisieren, ohne die Geschichte der Bundesrepublik von ihrem Ende her zu interpretieren. Denn diese Geschichte muß drei Problemkreisen gerecht werden. Zum einen der Außenpolitik: Hier fand die Einbettung in den Westen statt, die Hinnahme der Teilung Deutschlands, in den siebziger Jahren der Versuch der Entspannung mit dem Osten. Wirtschaftspolitisch ging der Weg von »Wirtschaftswunder« und Wachstumsglauben zur ökonomisch-ökologischen Orientierungskrise. Nach dem eher autoritären Beginn ist die Demokratie inzwischen in Deutschland ähnlich verankert wie in anderen westlichen Ländern.

Dietrich Thränhardt, geb. 1941, ist Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Münster.

Dietrich Thränhardt
Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland

Erweiterte Neuauflage

Suhrkamp

11. Auflage 2015

edition suhrkamp 1267
Neue Folge Band 267

Erweiterte Neuauflage 1996

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1996

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11267-0

Inhalt

Vorwort zur zweiten Auflage 7
Einleitung zur zweiten Auflage 9

I. Gründung und Konstituierung der Bundesrepublik 1945 – 1961

1. Die »deutsche Katastrophe« als Ausgangspunkt 20
2. Besatzungspolitik und strukturelle Reformen 22
3. Die Parteigründungen und der neue demokratische Konsens 30
4. Konsensuale Verbands- und Gewerkschaftsstrukturen.
Die Sonderstellung der Kirchen 42
5. Liberale Presse- und Rundfunkstrukturen 46
6. Der »Kalte Krieg« und die Neuordnung Deutschlands 49
7. Parlamentarischer Rat und Grundgesetz 66
8. »Soziale Marktwirtschaft« und »Wirtschaftswunder« 72
9. Atlantisches Bündnis und westeuropäische Integration 78
10. Die Vollendung der Teilung und die Illusion der Wiedervereinigung 88
11. Integration und Opposition in Adenauers Kanzlerdemokratie 104
12. Gegengewichte: Landes- und Kommunalpolitik 120
13. Verteilungsstaat und neue Konsumgesellschaft 125
14. Verwestlichung, Eskapismus und kritische Tendenzen in der Kultur 137

II. Der Weg zur sozialliberalen Reform 1962 – 1973

1. Krise der Adenauerschen Außenpolitik. Brandts Politik der »kleinen Schritte« 143
2. Die *Spiegel*-Krise – Erschütterung des autoritären Kanzlerregimes 151
3. Modernisierung, Gemeinschaftsideologie und neue Kritik. Innenpolitik 1961 – 1966 156
4. Krise, Protest, Große Koalition und stabilisierende Reformen 1966 – 1969 167

5. Die Regierung Brandt-Scheel und die neue Ostpolitik 186
6. Innere Reformen bis zum Ölschock 1974 198

III. Innere Stabilisierung und europäisch-atlantische Verflechtung 1974–1989

1. Helmut Schmidts Stabilisierungspolitik und die ideologischen Kontroversen 209
2. Die neue weltpolitische Rolle 1974–1982 237
3. Establishment und neuer Protest 250
4. Koalitions-»Wende« und politische Kontinuität 1978–1983 257
5. Internationalisierung, Binnenmarkt und Konsumgesellschaft 263
6. »Wende« und politische Kultur 1983–89 275
7. Kanzler, Länder und Parteien 282
8. Vom Nachwinter des Kalten Krieges zu seinem Ende 290
9. Neue Einwanderung und alternde Gesellschaft 296

IV. Die alte Bundesrepublik und die Einheit Deutschlands

- Anhang: Wahlen in Bund und Ländern 1946–1990 321
Abkürzungsverzeichnis 342
Anmerkungen 345
Auswahlbibliographie 371
Inhaltsverzeichnis 383

Vorwort zur zweiten Auflage

»Angesichts der militärischen Stärke des Ostblocks und seiner strukturellen Schwäche muß eine geduldige Ausgleichspolitik verfolgt werden, die weder eigenen Freund-Feind-Bildern zum Opfer fällt noch den gegenwärtigen Zustand als unveränderbar hinnimmt.« So hatte ich 1986 im Ausblick der ersten Auflage dieses Buches den Ost-West-Konflikt gekennzeichnet. Nach der Wiedervereinigung sind derartige Überlegungen Geschichte.

Das Buch, das nun den gesamten Zeitraum der Entwicklung der alten Bundesrepublik – einschließlich der Vorgeschichte – 1945–1990 umfaßt, enthält wiederum eine bis nahe an die Gegenwart herangeführte systematische politische Geschichte unter Einbeziehung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklungen. Die Teile I und II wurden unverändert gelassen, Teil III dagegen neu geschrieben und wesentlich erweitert. Mag es auch noch zu früh sein, Endgültiges über einige Hintergründe der Entscheidungen der letzten Jahrzehnte zu sagen, so liegen doch die großen Linien schon heute offen. In Demokratien, die als »Herrschaft durch öffentliche Meinung« charakterisiert worden sind (Weischenberg), läßt sich Geschichtsschreibung ohnehin nicht auf die Akten der Kabinette beschränken, sondern die Entscheidungsbildung vollzieht sich zu einem großen Teil öffentlich. Eine zeitnahe Geschichtsschreibung kann deshalb auch Quellen und Informationen nutzen, die später vielleicht verschüttet werden.

Historische Debatten über die letzten Jahrzehnte ähneln oft Geistesstosschlachten, in denen alte Kontroversen noch einmal ausgetragen werden, zumal kein politisch Interessierter in seiner Meinung neutral sein kann. Wissenschaftler scheinen noch seltener als Politiker die Größe zu haben, eigenes Verhalten im Rückblick schlicht als »Fehler« zu bezeichnen, wie Bundeskanzler Kohl dies bei der Bundestags-Anhörung über die innerdeutsche Politik in bezug auf die Ablehnung der KSZE durch die CDU/CSU getan hat. Ich habe mir deshalb vorgenommen, möglichst über die Schatten eigener Vorurteile zu springen. Besonders interessant scheinen mir die Ironien der Geschichte und die Verschiebungen in den Standpunkten der Handelnden, die es über die Jahrzehnte immer wieder gegeben hat.

Christel Franek und Margarete Kemper möchte ich für die Computer-Ausdrucke der zweiten Auflage und viele Korrekturen danken. Uwe Hunger hat die Materialien im Anhang zusammengestellt und eine große Zahl von Fehlern beseitigt.

Widmen möchte ich die Neuauflage meiner Mutter zum achtzigsten Geburtstag. Die Zeiten der Katastrophen ebenso wie die des Aufbaus, von denen im Folgenden die Rede ist, hat sie miterlebt.

Münster, im August 1995

Dietrich Thränhardt

Einleitung zur zweiten Auflage

Mit der Wiedervereinigung von 1990 ist einerseits die Geschichte der »alten« Bundesrepublik zu Ende gegangen, andererseits die Tradition dieses »Transitoriums« – so der Ausdruck von Theodor Heuss – in jeder Hinsicht maßgebend für das vereinte Deutschland geworden. Ausdruck dessen war der Beitritt der neuen Bundesländer. Die Legitimität der 1949–1989 gewachsenen politischen Ordnung und die Anziehungskraft der Wirtschafts- und Sozialordnung, die international anerkannte deutsche Form eines »wohltemperierten Kapitalismus«¹, erwiesen sich als so stark, daß die Verfassung ebenso wie die Wirtschafts- und Sozialordnung 1990 so gut wie nicht verändert, sondern insgesamt auf Ostdeutschland übertragen wurden.² Sogar der Begriff »Grundgesetz« blieb erhalten. Ursprünglich war er als Markierung eben für das Provisorische des westdeutschen Staates verwendet worden und sollte den Unterschied zu einer endgültigen Verfassung markieren. 1989 aber war das Grundgesetz zum Inbegriff der guten Ordnung und zum positiven Symbol einer konstitutionellen Identität, des »Verfassungspatriotismus«, geworden.

Die Geschichte des westdeutschen Gemeinwesens zwischen 1945 und 1990 stellt in bezug auf wirtschaftlichen Erfolg, soziale Stabilität, produktive und ergebnisorientierte Mischung von Konsens und Konflikt sowie das Funktionieren einer demokratischen Ordnung den Musterfall einer weltweiten Entwicklung dar. Eric Hobsbawm hat diesen Zeitraum, der dem »Zeitalter der Katastrophen« 1914–45 folgte, als »goldenes Zeitalter« bezeichnet.³ Mag dieser Ausdruck angesichts von Leid, Elend und Umweltzerstörung in der Welt, die es in diesen Jahrzehnten ebenfalls gab, auch zu idyllisch klingen, so hat die deutsche Geschichte doch in dieser Zeit eine entscheidende Wendung genommen. Nach einem circulus vitiosus, der 1914–45 immer tiefer in den moralischen und materiellen Abgrund hineingeführt hatte, gelang eine stetige Entwicklung zu neuem Vertrauen nach Außen und nach Innen: ein circulus virtuosus. Obwohl der wirtschaftliche Erfolg Japans in dieser Zeit noch größer gewesen ist, stellt die Kombination von ökonomischer Dynamik einerseits und politischer und sozialer Stabilität und Reformkraft andererseits die herausragende Quali-

tät der Bundesrepublik dar und ist ein Legat für das vereinte Deutschland.

Die ständig gegenwärtige Erinnerung an den Tiefpunkt der deutschen Geschichte während des »Dritten Reichs« und das in der Öffentlichkeit mit größerem zeitlichem Abstand immer präsentere moralische Problem der nationalsozialistischen Massenverbrechen trugen dazu bei, daß diese Erfolgsgeschichte nicht in neue Hybris ausartete. Gegenüber einer Attitüde des »Wir sind wieder wer«, die sich mit dem »Wirtschaftswunder« herausbildete, blieben weite Teile der Öffentlichkeit immer skeptisch. Typisch dafür ist der *Spiegel*, der bis heute in Stil und Inhalt viel von der Haltung der »skeptischen Generation« der Nachkriegszeit bewahrt, wie Schelsky die damalige Jugend beschrieben hatte. Charakteristisch für die Gefühlslage der Nation ist es, daß die »Aufarbeitung der Vergangenheit« (Adorno) zum Hauptthema der deutschen Literatur der letzten Jahrzehnte geworden ist. Obwohl Vergangenheit nicht »bewältigt«, sondern nur angeeignet werden kann, obwohl es Aspekte der Nazizeit gibt, die noch herauszustellen wären, obwohl weniger prominente Opfer-Gruppen nicht entschädigt und die Wehrmachts-Deserteure nach wie vor nicht rehabilitiert worden sind, kann man feststellen, daß sich nie eine Nation so gründlich und selbstquälerisch mit ihrer Vergangenheit beschäftigt hat.⁴ Im Zusammenhang damit steht die Tatsache, daß Auschwitz, die Shoah und Hitler im Bewußtsein der Welt weithin zu Chiffren für das absolut Böse geworden sind.

Deutschland hat nach dem Krieg keine einfache politische Identität gewonnen, es blieben vielfache Selbstzweifel und der Wunsch nach einem Rückzug aus der Machtpolitik, der als mentale »Verschweizerung« bezeichnet worden ist. Für ein großes Land in der Mitte Europas ist ein derartiger Rückzug nicht möglich, die Skepsis gegenüber Großmachtverhalten bewirkt aber eine große Scheu vor arroganter Nationalismus nach außen. Einige ausländische Beobachter sehen andererseits die Gefahr des Quietismus, der ebenfalls starke Wurzeln in der deutschen Geschichte hat.

Wenn wir fragen, wodurch die Umkehr zustande gekommen ist, die das Land nach 1945 so grundlegend und weitreichend verändert hat – vom Militarismus zum Pazifismus, vom totalen inneren Konflikt zur Kompromißfähigkeit, vom Nationalismus zur »postnationalen« Identität, vom Protektionismus zum Freihandel, von provinzieller Abschottung zum Streben nach Weltoffen-

heit, von der Machtanbetung zur Machtverneinung, von der Staatsvergottung zu äußerster Skepsis gegenüber dem Staat und sogar seinen Volkszählungen –, so ist ein wichtiges Element sicherlich die Totalität des Untergangs von 1945, der im Gegensatz zu 1918 keine Illusionen über die selbstverschuldete Niederlage aufkommen ließ. Die Berichte über den Eindruck, den die deutschen und die amerikanischen Truppen 1945 auf die Bevölkerung machten, sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.⁵

Gleichwohl zeigt die Darstellung im einzelnen, daß es sich nicht um einen glatten Schnitt im Jahr 1945, sondern um eine langsame und mühevolle Veränderung der Mentalitäten und Einstellungen in allen Lebensbereichen handelte, die in vielen politischen, sozialen und kulturellen Konflikten durchgesetzt wurde, Elemente starker Generationen-Brüche enthielt und auch heute nicht beendet ist. Auf den moralischen Stachel der Vergangenheit wurde schon verwiesen. Nach einer ersten Phase, in der eine »Umerziehung« von außen und vor allem durch die USA erzwungen wurde, trieben die Deutschen selbst und insbesondere die jüngere Generation den Bruch mit der Vergangenheit voran. Ein Indikator für dieses Weitertreiben der politischen Normen der Abkehr waren die Skandale um die nationalsozialistische Vergangenheit von Personen und Institutionen, die in den ersten Jahrzehnten eher aus dem Ausland oder mit Blick auf das Ausland, später aber autonom in Deutschland weitergeführt wurden.⁶ In der Rückschau wird dabei eine ständige Verschärfung der normativen Kriterien deutlich, die den Generationen der Nichtbeteiligten leichter fiel.

Noch wichtiger als die Versuche moralischer Reinigung waren die strukturellen Veränderungen und die Erfahrung des Funktionierens der demokratischen Ordnung, das Vertrauen in ihre Leistungskraft und schließlich die Identifikation mit ihr. Die im Text zitierten Umfragen zeigen die Langfristigkeit dieser Entwicklungen. Während der Zeit des Kalten Krieges fanden sie unter festen Rahmenbedingungen statt. Wie in einem Schraubstock umklammerte die amerikanische Supermacht den »besetzten Verbündeten«⁷ und fügte ihn gleichzeitig in den westeuropäischen Zusammenhang ein. Die Bundesrepublik ebenso wie die anderen westeuropäischen Nationen wurde dabei durch Wirtschaftshilfe und einen Kranz europäisch-atlantischer Organisationen zur Zusammenarbeit konditioniert. Sie blieb, auch als sie schrittweise immer mehr Spielraum und Einfluß gewonnen hatte und schließ-

lich von Präsident Bush zum wichtigsten europäischen Verbündeten und »partner in leadership« erklärt worden war, von den Westmächten und besonders von den USA strategisch abhängig, vor allem in bezug auf Berlin. Drohungen wie die eines Abzugs der britischen Truppen bei mangelndem währungspolitischem Wohlverhalten waren zwar die Ausnahme, sie wirkten zudem nicht besonders glaubwürdig, zeigten aber die strukturelle Abhängigkeit der Bundesrepublik und insbesondere West-Berlins als des Vorpostens des Westens.

Außenpolitischer Erfolg war für die Westdeutschen nur durch Kooperation zu erzielen. Deutsche, westeuropäische und amerikanische Interessen mußten in Einklang gebracht werden. Die Erfahrung des Erfolgs und der positiven Früchte kooperativen Verhaltens in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht bis hin zur Öffnung der Warenwelt und des Tourismus für den Einzelnen prägte die Bundesrepublik. Sie machte es leicht, den Einbau des eigenen »halbsouveränen Staates«⁸ in größere Zusammenhänge zu akzeptieren. Dem korrespondierten im Inneren Machtteilung und Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die Unabhängigkeit der Bundesbank, die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichts und andere Machtteilungsmechanismen.

Im dritten und vierten Jahrzehnt der Bundesrepublik wurden diese Erfahrungen erweitert. Der Integration nach Westen wurde die Entspannung und Stück für Stück auch eine Kooperation mit den Ostblock-Staaten zur Seite gestellt. In der Folge konnten schrittweise auch die anti-russischen und anti-polnischen Einstellungen verändert werden, die den Kalten Krieg überdauert hatten oder sogar neu legitimiert worden waren. Im Westen nahm die Bundesrepublik, beginnend mit den Währungskrisen seit 1968, eine immer stärker gestaltende Rolle wahr, besonders deutlich bei den Weltwirtschaftskonferenzen, in der Europäischen Gemeinschaft und in der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Albert O. Hirschman hat die ständige Übung der Lösung von Problemen und Konflikten in der freiheitlichen Demokratie als entscheidende Erfahrung bezeichnet, die ständig wiederholt werden kann und muß.⁹ Die Lösbarkeit wird zum Modell des Handelns und die Lösungsmöglichkeit zur täglichen Erfahrung – eine politikwissenschaftliche Diskurstheorie, die den Habermasschen Ansatz um

Elemente der Macht, der Entscheidung und vor allem auch der Produktivität in bezug auf Lösungen ergänzt. Historiographisch kann diese Theorie zugleich als Ausgangspunkt einer entscheidungsbezogenen Politik- und Gesellschaftsgeschichte dienen.

Für die Bundesrepublik ist diese ständige Erfahrung des Zusammenhangs zwischen Erfolg und Kooperation wichtig. Sie liegt unterhalb der aufgeregten Tagespolitik, die den Gesetzen der Konkurrenzdemokratie und der Oberflächen-Aktualität gehorcht. Die Mechanismen des Konsenses und die Tugenden des Kompromisses – in der Weimarer Republik auch bei Schriftstellern wie Tucholsky noch ein absoluter Negativbegriff – sind für die Bundesrepublik prägend geworden. Sie funktionieren zuweilen auch ohne die Hauptakteure. Man erinnere sich an den Ausspruch Bundeskanzler Kohls 1984, Arbeitszeitverkürzungen seien »dumm und töricht«, auf den gleichwohl der Abschluß eines Dreijahres-Tarifvertrages in der Metallindustrie folgte, der den Durchbruch zur 35-Stunden-Woche brachte und zugleich stabile Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schuf – was wiederum der Regierung nützte.

In dieser Weise vollzogen sich Schritt-für-Schritt-Entwicklungen zu mehr Selbstsicherheit, Weltoffenheit und demokratischer Lösungsroutine, ohne daß es zu so weitgehenden neokorporatistischen Verfestigungen wie in Österreich gekommen wäre. Wichtig dabei war auch die entsprechende politische Sozialisation der in der Bundesrepublik großgewordenen Politiker. Während die Gründer noch die Erfahrung nationalistischer Verengung in sich trugen, selbst wenn sie internationalistischen Parteien entstammten, gehörten für die Jüngeren die europäische und amerikanische Dimension von Beginn an dazu. In der Autobiographie von Helmut Schmidt kann man dies nachlesen – es war aber eine Chance für Politiker aller Parteien. Für die meisten älteren Politiker dagegen gilt – eine Folge der Umstände – die Charakterisierung Kurt Schumachers durch Willy Brandt: »Hinreichendes Verständnis für Europa und von der Welt hatte er nicht.«¹⁰

Nicht nur die Mentalität der Politiker änderte sich. Für die Unternehmer hat Berghahn die Anpassung an das demokratische Umfeld und die Ausbildung eines neuen Typus aufgezeigt.¹¹ Für die Bevölkerung und die verschiedenen Wählermilieus hat Harold Hurwitz die schrittweisen Veränderungen der Mentalitäten in Berlin empirisch im einzelnen beschrieben.¹² Die klassischen Milieu-

Parteien – Sozialdemokratie und politischer Katholizismus – bauten zwar zunächst weitgehend ihre alten Strukturen wieder auf, öffneten sich aber schrittweise unter dem Einfluß der großen sozialen und kulturellen Wandlungen im Gefolge der wirtschaftlichen Dynamik. In einer späteren Phase relativierten sich die alten kulturellen Konflikte, insbesondere der zwischen Katholizismus und moderner Welt, der in der Nachkriegszeit eine Spätblüte gehabt hatte. Sie wurden durch neue Bruchlinien abgelöst, in besonderer Weise durch die ökologische, die in Deutschland intensiv Politik und Gesellschaft durchdrungen hat und in neuen Netzwerkbildungen und ideologischen Grundorientierungen zum Ausdruck kommt.¹³

Eine solche entwicklungsgeschichtliche Sicht der Bundesrepublik steht in einem Spannungsverhältnis zu mythisierenden Gründungslegenden, die gerade wegen deren Erfolg Konjunktur haben. Deswegen sei hier speziell auf die Interpretationen zur Politik des ersten Bundeskanzlers eingegangen, für die die Akten inzwischen weitgehend offenliegen, zum Teil allerdings den Promotoren einer bestimmten Sicht vorbehalten werden.¹⁴ Die neuere Forschung zur Nachkriegszeit, soweit sie sich in ihren Urteilen der Wissenschaftlichkeit verpflichtet fühlt, nicht Mythen aufbaut und kontrafaktisch Partei ergreift, hat anhand der Akten deutlich auch die Begrenzungen und Widersprüche im Weltbild Adenauers herausgearbeitet, besonders seine rheinische Provinzialität. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die noch exaktere Nachzeichnung der Verhinderung der Aufnahme Berlins als zwölftes Land im Jahr 1949, mit der durch seinen einflußreichen Mitarbeiter Blankenhorn gegebenen Begründung, Berlin »gehöre seinem Wesen nach nicht zum Westen«¹⁵ – eine Formulierung, in der noch deutlich die separatistische Stimmung von 1945 mitschwingt. Im Text der ersten Auflage des vorliegenden Bandes hatte ich mich nur auf die vorliegende amerikanische Literatur stützen können. Wie stark Adenauer ein Mann des Wilhelminischen Zeitalters war und nicht nur sein Rheinland-Gefühl, sondern auch sein deutscher Nationalismus und Eurozentrismus ausgeprägt waren – so bei der Befürwortung der britisch-französischen Suez-Invasion von 1956 –, wie stark sein Mißtrauen gegen die USA, seine Schwankungen auch in der Einstellung zu Europa sich äußerten, kann inzwischen im einzelnen nachgelesen werden.¹⁶ Dies schließt an bekannte Aussprüche an, etwa den vom Atomwaffen-Sperrvertrag als »Mor-

genthau-Plan im Quadrat«.¹⁷ Es liegt ganz auf der Linie der klassischen Arbeit von Arnold Heidenheimer über Adenauer und die CDU von 1960¹⁸, die eine allmähliche Integration der deutschen Politik auf der Grundlage des situativ Möglichen schildert, zum Teil mit bizarren Zügen. Zweifellos war dies gleichwohl eine große Leistung und eine wegweisende Entwicklung. Aber die Weltverschwörungstheorien, der Drang nach der Atommacht, die Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges mit Waffenlieferungen und die Aussagen über eine Totalvernichtung der Sowjetunion wenige Jahre nach Kriegsende gehören nicht in die demokratische Kultur, sondern zu einer Übergangsperiode. Gleichermaßen gilt für den Diskurs der totalen Feindschaft und das Vertrauen zu einem allwissenden Chef. Interessant sind in dieser Beziehung auch die harten Gegensätze zwischen Adenauer und Strauß, die in den Akten zutage treten. Eine realistische Darstellung bedeutet Distanz zu mystifizierenden Gründungslegenden, die Adenauer heroisieren, seine Politik als alternativlos beschreiben und Widersprüche eskamotieren.¹⁹

All dies spricht dafür, nicht den genialen Gründer in den Vordergrund zu stellen, sondern die schrittweise Entwicklung der Bundesrepublik von der Protektoratsphase zur Herausbildung eigener und selbstbewusster Politik zu beschreiben – einer reiferen Phase der Demokratie. Dies gilt auch für die Innenpolitik. War in der ersten Phase Amerika das unbestrittene Muster und Modell – in einem Buch Dahrendorfs als das Land der »angewandten Aufklärung« bezeichnet –, so bekam dieses Modell in den sechziger Jahren Risse, und es begann die Debatte um eigene Wege.

Im heutigen Klima – nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem unbestreitbaren Erfolg des Westens – besteht die Gefahr historischer Legendenbildung, die zu falschen Erkenntnissen führen würde. Der verbreitete Irrtum, mit dem »blühende Landschaften« als automatische und kurzfristige Folge einer Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland erwartet wurden, resultierte aus falschen Geschichtsinterpretationen. 1989 war vielfach die Kenntnis darüber verlorengegangen, daß der wirtschaftliche Aufschwung der fünfziger Jahre auf viel Planung durch die Banken und spezielle staatliche Stellen, von staatlicher Lohnkontrolle und Konsumverzicht bei den Arbeitskräften beruhte und erst in einem leergefegten Weltmarkt seit dem Korea-Boom Fahrt gewonnen hatte.

Der wichtigste gegenläufige Mythos zu den bisher angesprochenen Legendenbildungen ist der der 68er-Bewegung. Enzensberger hat kürzlich noch einmal betont, daß damals der entscheidende Durchbruch gelungen sei. Mit diesem Selbstverständnis wird eine Zwei-Phasen-Gliederung der Nachkriegsgeschichte konstruiert, in der einer restaurativen Phase eine Aufbruchsphase folgt. Dagegen möchte ich an einer differenzierteren und weniger euphorischen Charakterisierung der Studentenbewegung festhalten. Klarer als noch vor wenigen Jahren tritt heute hervor, daß die Studentenbewegung »halb Treibsatz, halb Rohrkrepierer«²⁰ gewesen ist, daß sie die Kultur radikal veränderte, gleichzeitig aber neue Mythen und Verschwörungstheorien produzierte und eine »fatale Re-Ideologisierung«²¹ einleitete.

Im Zusammenhang mit dieser Beurteilung steht auch die Gliederung des Bandes, die schon in der Einleitung zur ersten Auflage begründet worden ist. Die großen historischen Einschnitte werden nicht mit Regierungswechseln identifiziert. Dies würde eine erste Periode der CDU-Dominanz bis 1969, eine zweite Periode der »sozialliberalen Mehrheit« 1969–82 und schließlich eine dritte Periode erneuter CDU-Präponderanz bedeuten.

Im vorliegenden Buch wird eine Gliederung gewählt, die sich stärker an inhaltlichen Erwägungen orientiert. Dies bedeutet eine Phaseneinteilung in:

– *erstens* die Zeit des Wiederaufbaus, der Integration in die westliche Welt, der Teilung Deutschlands, der »autoritären Demokratie« Adenauers und der Gewöhnung der westdeutschen Bevölkerung an Verwestlichung und parlamentarische Demokratie unter den erleichternden Bedingungen des »Wirtschaftswunders« von 1945 bis 1961. In diese Periode werden, wie dies schon Kleßmann getan hat, die ersten Nachkriegsjahre unter der Perspektive einbezogen, daß die formale Gründung der Bundesrepublik 1949 nur ein Schritt im Rahmen der Gesamtentwicklung war, der sich dem Bewußtsein der Bevölkerung nicht zufällig weniger eingeprägt hat als die Währungsreform von 1948. Die Gründung der Bundesrepublik war Bestandteil einer Kette von Entscheidungen, die von den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges mitbestimmt waren; die innere Ausgestaltung der Besatzungszonen, der Aufbau der Bi-Zone zu einem geschlossenen Verwaltungsgebilde und die »Entlassung« der Bundesrepublik aus der Besatzungsaufsicht bei gleichzeitiger Eingliederung in westeuropäische und atlantische

Strukturen waren weitere Schritte. Prägend war ein starker antikommunistischer Basiskonsens, der sich auch auf die inneren Entscheidungen auswirkte. Abgeschlossen wurde diese Periode mit dem Bau der Mauer durch Berlin, die die Teilung Deutschlands vollendete und zugleich deutlich machte, daß die Adenauersche Politik der Zurückdrängung des kommunistischen Staates auf deutschem Boden durch wachsende westliche Stärke gescheitert war. Der Verlust der Mehrheit im Bundestag wenige Wochen später bedeutete dann auch das Ende der Periode der Bestimmung der Politik aus dem Kanzleramt. Adenauer hatte in seinen letzten Jahren als Kanzler seine Autorität zu einem großen Teil verloren.

– *Zweitens* der Weg zur Reform von 1961 bis 1974. Trotz der unterschiedlichen parteipolitischen Dominanz in der Bundesrepublik und des zögernden Beginns der Reformen stellt sich diese Periode als eine Einheit dar. Schon um 1961 war der CDU-Spitze bewußt, daß sie Gefahr lief, die »geistige Führung« zu verlieren, bereits Anfang der sechziger Jahre mußte die CDU gegenüber der SPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen große Stimmenverluste hinnehmen und wurde dabei zeitweise überholt. Die Politik des Ausgleichs mit dem Osten begann mit Brandts »kleinen Schritten« in Berlin und einem neuen außenpolitischen Konsens, der sich abseits der parteipolitischen Polemik zwischen SPD, FDP sowie einem Teil der CDU herausbildete und die CDU/CSU von da ab ständigen inneren Konflikten aussetzte. Diese Politik bedingte eine schrittweise Umstellung auch des Eigenbewußtseins der Bundesrepublik und mündete in die Auseinandersetzung über die Ostverträge ein. Nicht nur die außenpolitische Entwicklung wurde stark von amerikanischen Impulsen bestimmt, insbesondere seit der Zeit John F. Kennedys 1961–63. Auch von wichtigen innenpolitischen Reformen wurde bereits zu diesem Zeitpunkt gesprochen, obwohl sich Themen wie Bildung, Umweltschutz, Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens nur allmählich durchsetzten. Die im Vergleich mit den USA und Großbritannien späte Ablösung durch eine erklärte Reformregierung und das Zwischenspiel der für die Anhänger beider Seiten wenig attraktiven Großen Koalition machen die Heftigkeit der Revolte von 1968 zum Teil verständlich. Diese Epoche ist stark durch den Glauben an unbeschränktes Wachstum, die Möglichkeit steigender Umverteilung und die Machbarkeit der Dinge geprägt. Derartige Grundeinstel-

lungen lassen sich bei allen Gruppen beobachten: von der CSU, die in diesen Jahren zur technokratisch ausgerichteten Integrations- und Apparatpartei wurde, bis hin zur Studentenbewegung.

Drittens: Die Energiekrise beendete diese Phase der Expansion. Obwohl die Wirtschaft auch danach durchaus noch Wachstum verzeichnen konnte, wurde es geringer und weniger selbstverständlich. Das Lebensgefühl änderte sich, geprägt von konservativer Interpretation und Krisenängsten. Die Bundesrepublik wurde in dieser Zeit zwar im internationalen Vergleich dank ihrer stabilen Sozialordnung und ihrer verantwortungsbereiten Gewerkschaften als eine Art Musterstaat betrachtet. Gleichzeitig ergab sich wegen der Zurückstellung der Reformen in der Krise (besonders in der Umweltpolitik) eine Kluft zwischen Reformnotwendigkeiten und -verwirklichung. Die Mehrheit der Wähler wünschte nach einem Wort Rudolf Wildenmanns in dieser Zeit »eine CDU-Regierung unter einem Kanzler Schmidt«. Trotz des fortbestehenden Parteienkonflikts ergab sich so eine politische Situation, in der die gesellschaftlichen Antagonismen und Bewegungen kaum politisch umgesetzt wurden. Das führte schließlich 1983 zum ersten Mal seit dreißig Jahren zum Einzug einer neuen Partei in den Bundestag: der »Grünen«.

Die anschließende »Wende« von Schmidt zu Kohl ist in Außen- wie Innenpolitik eher von Kontinuität als von Veränderung gekennzeichnet. Erst nach einer Krisenperiode gelang es der SPD, von Abnutzungerscheinungen der Regierung Kohl zu profitieren und schließlich 1990 die Mehrheit im Bundesrat zu erlangen, während schon der Prozeß der Wiedervereinigung begann und das Ende des Kalten Krieges eine neue Epoche anzeigen.

Inzwischen haben andere Autoren ähnliche Gliederungen vorgenommen. Die zweibändige *History of West Germany* von Bark und Gress, die bis 1988 reicht, legt den Epochenschnitt 1963 und unterscheidet den Aufstieg »From Shadow to Substance« von der weiteren Entwicklung der »Democracy and its Discontents«. In Frankreich wird für die Jahrzehnte bis 1974 etwas übertrieben von den »trentes glorieuses« gesprochen. Und auch Hobsbawm zieht den Epochenschnitt bei der Ölkrise 1973/74.

Unterschiedlich ist in den drei Zeitschnitten vor allem das Lebensgefühl. Im ersten herrscht im unmittelbaren Wiederaufbau bis zur Erreichung der Vollbeschäftigung der Drang nach Norma-

lisierung vor. Im zweiten existiert ein Gefühl der Sicherheit und einer unbegrenzten Expansion. Im dritten schließlich wächst die Empfindung neuer Krisen und Probleme trotz weitergehender ökonomischer Expansion und zunehmenden Reichtums der Mehrheit der Bevölkerung. Die verschiedenen zeitlichen und inhaltlichen Differenzierungen zu klären, Politik und Gesellschaft, Innen- und Außenpolitik, Lebensgefühl und Realitäten aufeinander zu beziehen, Kontinuitäten und Brüche deutlich zu machen und in eine konzise und übersichtliche Darstellung zu bringen – dies ist ein Hauptziel dieser Geschichte der Bundesrepublik.

Die Entfaltung der modernen Produktivkräfte und Nachrichtentechniken hat die Gesellschaft einerseits integriert und handlungsfähiger gemacht, andererseits äußeren Einflüssen geöffnet und insofern auch beeinflußbarer und verwundbarer gemacht. In der Bundesrepublik, einem von außen besonders »penetrierten« Land, sind solche Entwicklungen außerordentlich wichtig. Natürliche Einflüsse, wie sie noch den harten Winter von 1947/48 bestimmten, sind weniger wichtig geworden, politisch produzierte Entwicklungen wie Umweltverschmutzung bedrohlicher. Auch die Historiographie hat sich auf diese Veränderungen einzustellen und kann nicht statisch von wenigen Faktorenbündeln ausgehen. Die Gewichtung der verschiedenen Problemkreise verschiebt sich deswegen in unserem Betrachtungszeitraum, insbesondere weil die Bundesrepublik ihre Position über die Jahrzehnte verändert – von einem Protektorat unter Bewährungsaufsicht zu einer gestaltenden Macht. Dies bedingt ein sich über die Jahrzehnte wandelndes Themenspektrum, in dem allerdings einige historisch und strukturell bedingte Komplexe immer wieder auftauchen. Zu unterscheiden sind dabei jeweils die politisch aktualisierten Themen der öffentlichen Debatte, die zugrundeliegenden strukturellen Veränderungen, insbesondere auch die ökonomischen und sozialen Verschiebungen und die kulturellen Interpretationsmuster, in denen all dies verarbeitet wird.

I. Gründung und Konstituierung der Bundesrepublik 1945–1961

I. Die »deutsche Katastrophe«¹ als Ausgangspunkt

Ausgangspunkt der Geschichte der Bundesrepublik ist der Untergang des Deutschen Reiches 1945 als Abschluß des »totalen Krieges«, den das NS-Regime 1939 begonnen und 1941 auf die UdSSR und die USA ausgeweitet hatte. Mit der organisierten Ausrottung des größten Teils der europäischen Juden, der Vernichtungspolitik gegen Polen und Russen, mit der Unterdrückung der Völker des europäischen Kontinents hatte Deutschland jede moralische Achtung verloren. Fast die ganze Welt hatte sich im Krieg gegen die Achsenmächte zusammengefunden. Die auf der Basis dieser Kriegskoalition gegründeten Vereinten Nationen nahmen in ihrer Satzung eine »Feindstaatenklausel« auf, welche die besiegten Länder unter Sonderrecht stellt.

Nach den Beschlüssen der »Großen Drei« – Truman, Stalin und Churchill bzw. Attlee im Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 – verlor Deutschland die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, fast ein Viertel seines Territoriums. Die Flucht und Vertreibung von rund 15 Millionen Deutschen aus diesen Gebieten und aus Ostmitteleuropa in das zerstörte Rumpfdeutschland fand in der Welt vor dem Hintergrund der nun in ihrem ganzen Ausmaß bekanntgewordenen Greuel in den Konzentrationslagern wenig Anteilnahme. Deutschland hatte als Ergebnis des Krieges Millionen von Toten zu beklagen. Gerade die für einen Neuaufbau notwendige mittlere Generation war dezimiert. Das Verkehrssystem, ein Großteil der städtischen Wohnungen und viele Industrieanlagen waren zerstört. Die nationalsozialistische Diktatur hatte die demokratischen und humanitären Traditionen ebenso schwer geschädigt wie Kultur und Wissenschaft. Bedeutende Wissenschaftler, Künstler, Intellektuelle und demokratische Politiker waren vertrieben, eingesperrt, ermordet oder zumindest zwölf Jahre lang zum Schweigen verurteilt worden.

Das Ziel der Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation«, auf die sich die Alliierten auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt geeinigt hatten, war es nicht nur, jeden Sonderfrieden, jede Entzweiung der Kriegskoalition auszuschließen.